

Kirche in WDR 2 | 24.06.2016 05:55 Uhr | Matthias Köhler

Religionsfreiheit

"Der Islam gehört nicht zu Deutschland". Das behauptet die Partei "Alternative für Deutschland (AfD)" in ihrem Grundsatzprogramm. Zwar steht dort auch "Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zu Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit." Aber eben nicht für muslimisch glaubende Menschen.

Die AfD spricht dem Islam damit ab, eine Religion zu sein und erklärt ihn vielmehr zu einer politischen Bewegung, deren Gottesbild, Rechtsvorschriften, Architekturen der Gebetshäuser und exotischen Modeideale nicht mit dem Grundgesetz vereinbar seien.

Für die hier lebenden vier Millionen Muslime und Muslima gelte, so stellte es die stellvertretende Parteivorsitzende Beatrix von Storch beim jüngsten Parteitag fest, dass man sie zwar nicht alle sofort aus Deutschland ausweisen könne, aber es wäre schon gut, wenn sie in der Öffentlichkeit nicht erkennbar wären. Gelebte Religion soll also nach dem Willen der AfD in Deutschland nicht sichtbar sein.

Mit dieser Forderung steht die Partei nicht alleine. Schützenhilfe bekommt sie von der anderen Seite des politischen Spektrums. Beim Bundesparteitag der Linken wurde ein Antrag auf die "radikale Trennung von Staat und Religion" gestellt. Ganz in der Tradition der ehemaligen DDR, die das "Absterben der Religion" zum Staatsziel erhoben hatte, fordert die Linke offenbar das Verschwinden der Religionen als gesellschaftlich relevante Kräfte. Die Diskussion ist noch offen, der Beschluss über den Antrag wurde vertagt.

Warum diese seltsame Einigkeit politisch entgegengesetzter Gruppierungen in puncto Religion? Die AfD bekennt sich zu einer angeblichen deutschen Leitkultur, gespeist aus den "Überlieferungen des Christentums, der wissenschaftlich-humanistischen Tradition und dem römischen Recht". Daraus die Verbannung des Islam abzuleiten zeugt davon, dass die zentralen Aussagen des Christentums zur Geschwisterlichkeit und Gleichberechtigung aller Menschen nicht verstanden worden sind. Und offenbar ist es bei der AfD auch nicht bekannt, dass das römische Recht sehr erfolgreich dafür gemacht war, einen Vielvölkerstaat aus unterschiedlichsten Nationen und Religionen zusammenzuhalten. Die Ideologie der AfD

verkrüppelt und instrumentalisiert die christliche und humanistische Tradition für die eigenen Ziele. Peinlich für eine Partei, in der auch viele Bildungsbürger zuhause sind. Sechs, setzen.

Der Linken hingegen scheinen noch die Erfahrungen aus dem Ende der DDR in den Knochen zu stecken, als die trotz aller Staaträson nicht totzukriegenden Christen 1989 ihre Kirchen öffneten und zu Orten der Revolution machten. Und damit letztlich das Ende der DDR einläuteten.

Einig sind sich darum beide politischen Richtungen in der Ablehnung des Religiösen. Wer Religionen ausschließt, schließt letztendlich religiöse, glaubende Menschen aus.

Wer dagegen die Freiheit der Glaubenden achtet und die Religionen in die Gesellschaft integriert, bekommt einen Motor für gesellschaftliches Engagement und für Veränderung. Ich glaube genau darum lehnen autoritäre Entwürfe gleichwelcher Couleur die freie Ausübung der Religion ab, seien sie rechts- oder linkspopulistisch oder auch islamistisch.

Was wir im Moment brauchen, sind Menschenrechtler, Bürgerrechtler, Freiheitsfreunde. Und die Gläubigen. Menschen, die aus ihren Überzeugungen und Werten und aus ihrem Glauben die Kraft schöpfen, den Herausforderungen unserer Zeit konstruktiv zu begegnen.

Für mich als Christen ist dabei ein Satz aus dem Brief des Paulus an Timotheus wichtig. "Gott hat uns keinen ängstlichen Geist geschenkt. Sondern einen Geist der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit." Und genau das brauchen wir im Moment.

Angeregt durch: Britta Baas, "Religion am Pranger", Publik-Forum 9/2016 vom 13.05.2016, Seite 10